



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

† †: Die Einheit Deutschlands.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Einheit Deutschlands.

Die deutsche Nationaleinheit in ihrer volkswirtschaftlichen, geistigen und politischen Entwicklung an der Hand der Geschichte von Max Wirth. — Frankfurt a. M., Sauerländer. —

Der Verfasser hat sich durch seine Geschichte der Handelskrisen und durch seine Nationalökonomie in Deutschland einen guten Namen gemacht; sowol das Feld, auf dem sich diese Arbeiten bewegen, als auch der Titel des neuen Werks ließen vermuthen, daß in demselben hauptsächlich der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt zur Geltung kommen würde. Diese Vermuthung wird indessen nicht erfüllt: abgesehen von einigen einleitenden Digressionen über die Wichtigkeit des volkswirtschaftlichen Standpunkts wird derselbe nicht mehr in Anwendung gebracht als in irgend einer andern politischen Geschichte Deutschlands. Eine Culturgeschichte Deutschlands ungefähr in der Art, wie sie Guizot und Thierry für einige Perioden der französischen Geschichte wirklich geschrieben haben, steht noch zu erwarten.

Betrachten wir nun das Werk als eine politische Geschichte, so würden wir vor allen Dingen, da es sich nicht um eine epische Darstellung handelt, Klarheit, Prägnanz und Richtigkeit der leitenden Gesichtspunkte verlangen. In dieser Beziehung bleibt aber sehr viel zu wünschen übrig. Der Verfasser sucht die Gründe zu entwickeln, warum Deutschland trotz seiner großen Anlage in der politischen Entwicklung hinter den Franzosen und Engländern zurückgeblieben ist; er geht aber in dieser Untersuchung sehr weit zurück und ist in seinen Angaben höchst ungenau.

Sein Hauptgrund ist nämlich die Theilung Deutschlands in vier Stämme, die Franken, Sachsen, Baiern und Schwaben. Diese Stammeintheilung findet er sowol sprachlich als politisch noch in den Zeiten der Reformation vertreten, obgleich er selbst erzählen muß, daß nach dem Fall Heinrich des Löwen die alten Stammherzogthümer völlig zertrümmert wurden, und daß bei dem neuen Territorialstaat von einer Rücksicht auf die Volksstämme nicht mehr die Rede ist. Wo er übrigens in der Literatur des funfzehnten Jahrhunderts die vier Dialekte finden will, verstehen wir nicht; es ist jedoch für die wesentliche Tendenz des Werks auch gleichgiltig. Was aber das eigentliche Mittelalter betrifft, so ist der Gegensatz zwischen der provengalischen und der nordfranzösischen Sprache doch wol ein größerer als der zwischen hochdeutsch und niederdeutsch.

Seite 10 sagt er wörtlich: „Nicht weil Ludwig der Elfte ein energischer, herrschsüchtiger und rücksichtsloser Monarch war, wurde Frankreich unter seiner Herrschaft zum Einheitsstaat, sondern weil Gallien von den Römern schon

vollständig unterjocht, civilisirt und durch römische Gesetzgebung und Verwaltung politisch und volkswirtschaftlich centralisirt, von den Franken aber, wenn auch erobert, doch in seiner wirthschaftlichen Verfassung gelassen war; weniger weil Deutschland schwache Kaiser und viele mächtige Fürsten hatte, konnte es bis jetzt nicht zum Einheitsstaat gelangen, als weil die Römer über den größern Theil seiner Stände niemals Herr geworden waren, weil keiner der vier Hauptstämme die Oberhand über die andern gewann. Aus diesen Gründen drängt sich uns der Schluß auf, daß dem Abschluß der deutschen National-einheit kein wesentliches Hinderniß mehr im Wege steht, sobald es gelungen ist, jene Hauptursache der Zersplitterung, den Particularismus der vier Hauptstämme zu entfernen.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß an dieser Deduction und allem, was damit zusammenhängt, kein wahres Wort ist. Was die Gegenwart betrifft, so scheint es doch schon schwer genug, das Königreich Preußen, das Königreich Hannover, das Königreich Sachsen und einige Duzend Staaten, die ihnen benachbart sind, unter einen Hut zu bringen, obgleich doch schwerlich die Stammesverschiedenheit daran Schuld ist. Denn da von diesen Staaten keiner weder dem bairischen, noch dem schwäbischen, noch dem fränkischen Stamm angehört, so wird sie der Verfasser doch wol alle zu dem sächsischen rechnen. Das ist zwar nicht ganz richtig, aber was an der Einheit dieser Staaten fehlt, hat seinen Grund nicht in den Stammverschiedenheiten, sondern in den Höfen und in der sich ihnen anschließenden Bureaokratie.

Der Verfasser vergißt außerdem ganz, daß im Mittelalter unter den Ottonen und Saliern die Gründung eines deutschen Einheitsstaats viel näher lag, als die eines französischen, und daß sie nur durch die unglückselige Neigung dieser Fürsten hintertrieben wurde, lieber römische Kaiser als deutsche Könige zu sein.

Selbst im funfzehnten Jahrhundert stand die Sache für Deutschland noch nicht so schlecht; zwar hatte das System der Territorialstaaten sehr bedenklich um sich gegriffen, aber unter Karl dem Siebenten in Frankreich, unter Richard dem Dritten in England sah es auch mit der Staatseinheit kläglich genug aus.

Die entscheidende Periode für Deutschland war die von 1517—1648. Besaß ein Kaiser die Entschlossenheit wie Heinrich der Achte von England, die Bewegung der Reformation zu seinen Zwecken auszubeuten, oder gelang es den Kaisern wie Richelieu, den protestantischen Bund niederzuschlagen und diesen Sieg zur Vernichtung des Territorialfürstenthums zu benutzen, so konnte noch im siebzehnten Jahrhundert die Reichseinheit hergestellt werden; wenigstens hätten die vier Stämme sie nicht gehindert.

Nach dem westphälischen Frieden war das nicht mehr möglich. Die einzige reale Macht in Deutschland war fortan das Landesfürstenthum. Die

Verbindung Baierns mit Ludwig dem Vierzehnten gegen Oestreich, der siebenjährige Krieg, der Rheinbund, ja selbst die wiener Bundesacte sind die Zeugnisse für diese Wahrheit. Die Träger der Souveränität sind in Deutschland einzig und allein die deutschen Fürsten, und wer von einer Einheit Deutschlands träumt, muß sich zuerst klar machen, wie er mit diesen abzurechnen hat; die vier Stämme werden gegen seine Bemühungen nicht das Mindeste einwenden.

Wahr ist es, daß auch jener Traum der Einheit nicht stattfinden könnte, wenn nicht diesen physischen Mächten gegenüber eine moralische Macht sich laut und immer lauter geltend machte: die Nation, die hauptsächlich durch die aus dem Protestantismus hervorgegangene classische Literatur gebildet ist. Wenn nun der Gedanke sehr nahe liegt, dieser einheitlichen moralischen Macht den trennenden physischen Mächten gegenüber einen staatlichen Ausdruck zu geben, so ist er doch unhaltbar.

Auch der Verfasser wird hauptsächlich durch die gegenwärtige nationale Begeisterung bestimmt, eine organische Entwicklung Deutschlands auch in diesem Sinn für möglich zu halten. Wir führen, um ihn nicht etwa mißzuverstehen, seinen Schluß wörtlich an: „Die Reichseinheit wurde dadurch untergraben, daß die größern Fürsten auf der einen Seite die Befugnisse des Kaisers, d. h. der Executivgewalt, allmählig an sich rissen, und daß sie zugleich auf der andern Seite alle Rechte und Functionen der Reichsversammlung sich anmaßten, also vollziehende und gesetzgebende Gewalt in einer Körperschaft vereinigten, was sowohl den allgemeinen Gesellschaftsgesetzen zuwider, wie ein Vergehn gegen die germanische Natur war. Die Aneignung der vollziehenden Gewalt durch die Fürsten kann als historisch berechtigte Entwicklung hingenommen werden, weil sie auf dem geschichtlich erwachsenen Stammesparticularismus beruht; allein die Anmaßung der Befugnisse der Reichsversammlung war antinational, der natürlichen geschichtlichen Entwicklung zuwider, und mußte zum Unheil führen, weil sie nach zwei Richtungen hin wider die Naturgesetze der germanischen Staatenbildung verstieß. — weil sie einerseits die Volkvertretung factisch aufhob, und andererseits die historisch nothwendig gewordene Unterordnung des Stammes und des Einzelstaates unter die Gesamtheit vernichtete. Wenn also auch aus Schonung für die historische Entwicklung des Particularismus der deutschen Stämme, — welcher freilich in neuester Zeit sehr im Erlöschen begriffen ist, im Angesicht der riesigen Einigungsmittel, der Eisenbahnen, des gemeinsamen Geisteslebens und der gemeinsamen Gefahr — die Executivgewalt der deutschen Nation bei dem Bunde verhältnißmäßig gleichberechtigter Einzelstaaten verbleiben kann — so bleibt doch eine Forderung unabwendbar, wie der Wille des Schicksals stehe, — die Wiederherstellung der deutschen Nationalvertretung.“

Von der fixen Idee des Verfassers, die Macht der Fürsten beruhe auf

dem Particularismus der vier Stämme, wollen wir hier absehn, und nur die praktische Seite ins Auge fassen.

Er will die Fortdauer der Bundesversammlung als Reichsexecutivgewalt, in welcher das Präsidium zwischen Oestreich und Preußen alterniren soll. Zu diesem Bundestag soll 1) eine Nationalversammlung kommen mit der ausdrücklichen Bedingung, daß während der Dauer derselben kein Landtag gehalten werden dürfe, und hofft, daß diese Versammlung politischen Capacitäten eine größere Arena für die Entfaltung ihrer Geisteskraft geben würde; 2) ein Oberhaus ungefähr in der Weise des preußischen zusammengesetzt.

Wenn nun diese Nationalversammlung kein bloßer Redeübungsverein sein soll, so muß sie doch irgend ein Mittel haben, auf die Executive einzuwirken, sobald sie aber irgend eine Maßregel beschließt, die mit den Interessen Preußens collidirt, so wird Preußen schon Mittel und Wege finden, den Bundestag zu einem Veto zu bestimmen. Und das wird bei jedem andern Staat so der Fall sein, denn in dieser Zusammensetzung sähe jeder Fürst in der Beeinträchtigung der Rechte seines Nachbarn eine Beeinträchtigung der seinigen. Es gibt hier kein Drittes: entweder macht sich die Nationalversammlung zum Nationalconvent, d. h. sie führt die Republik ein — denn die Idee einer republikanischen Spitze über einer Basis verschiedener Monarchien leuchtet doch nur besonders begabten Köpfen ein —; oder sie sinkt zu einem Redeübungsverein herab, den man als unbequem sehr bald beseitigen wird.

Ganz anders versteht ein Theil der demokratischen Presse in diesem Augenblick die Einberufung des Volks. Dieser Theil der Partei hat sich jetzt davon überzeugt, daß der Mächtige herrschen muß. Preußen soll den Particularismus theils mit Hilfe seiner Heere, theils mit Hilfe einer Nationalversammlung bezwingen, von der man voraussetzt, sie werde im Allgemeinen mit ihm eines Sinnes sein. So hat die Idee wenigstens einen praktischen Sinn, aber sie ist bedenklich in ihrem Erfolg und unter allen Umständen schädlich für die gesunde Entwicklung Deutschlands, denn sie gibt dem Rechtsgefühl einen Stoß, der schwer zu überwinden sein würde, und sie zieht die Gefahr eines Bürgerkriegs nach sich. Auf alle Fälle wird Preußen nicht darauf eingehn, denn es fühlt den geheimen Vorbehalt heraus, daß wenn mit Hilfe des preußischen Königthums die Macht der übrigen Fürsten gebrochen ist, an das preußische Königthum die Reihe kommt. Der Ausweg wäre ein revolutionäres Mittel d. h. ein Mittel der Verzweiflung, und so weit sind wir noch lange nicht gekommen.

Die Executive ist es, die einer Reform bedarf, darauf weisen mehr als je die bedrohlichen Zeitumstände hin. In diesem Sinn faßt die Nassauische Denkschrift vom 21. Juni die Einheit Deutschlands auf; und wir sehn mit Freude, daß auch in Süddeutschland die nationale Bewegung, die bis-

her nur zu sehr von den Particularisten und Reactionären ausgebeutet wurde, anfängt, sich einen unabhängigen Weg zu bahnen. Sie zeigt zunächst, daß Deutschland dem Uebermuth des Kaiser Napoleon mit den Waffen begegnen, daß aber die Initiative von Preußen ausgehn müsse. „Da die Mittelstaaten aus Gründen, die sich leicht begreifen, wenn auch schwerlich rechtfertigen lassen, unbedingt zu Oestreich halten und ihm am Bunde die Majorität sichern, so stellt sich die Frage so: soll Oestreich oder soll Preußen entscheiden, wann die Action Deutschlands zu beginnen hat?“ „Oestreich würde nicht das mindeste Bedenken tragen, auch ohne Noth die Hauptlast und Hauptgefahr des Krieges von seinen Schultern auf die unsrigen abzumwälzen und lieber unsere Fluren von feindlichen Rassen zerstampfen zu lassen, als die seiner italienischen Provinzen. Auch seine finanzielle Bedrängniß ist sehr dazu angethan, es zu Schritten der Ueberstürzung hinzureißen. Dazu kommt, daß es durch ein schleuniges Eintreten Deutschlands in den Kampf der leidigen Nothwendigkeit überhoben würde, uns und unserer Selbstständigkeit auch nur die für eine erspriessliche Kriegführung unumgänglichsten Zugeständnisse zu machen.“ — „Preußen allein hat die Macht und den Willen, zu verhindern, daß Oestreich uns als sein bloßes Vorland behandle, Preußen allein kann uns Gewähr dafür bieten, daß wir nicht als Vasallen, sondern als Bundesgenossen Oestreichs in den Kampf ziehn.“

„Jedes andere Volk, bedroht in der Fronte wie im Rücken, würde nichts Eiligeres zu thun wissen, als sich sofort über eine Dictatur zu vereinigen. Diese Dictatur kann nur entweder an Oestreich oder an Preußen verliehen werden. Geben wir sie an Oestreich, so steht es dann in seiner Hand, den Krieg zu beginnen und zu führen, wann, wie und wo, und Frieden zu schließen, unter welchen Umständen und Bedingungen es will. Also die Dictatur Preußens im Kriege!“ „Wir wollen keinen Bundeskriegsrath. Wir wollen nicht auch die Erfahrung machen, daß ohne strenge Einheit der Leitung und unter der Herrschaft conträrer Einflüsse auch die beste Armee geschlagen werden muß. Die Kriegsverfassung des deutschen Bundes ist für jeden andern als einen lahmen Scheinkrieg absolut unbrauchbar.“ „Die Oberleitung muß Preußen frei übertragen werden, nicht etwa durch den Bund und die Wahl eines Preußen zum Bundesfeldherrn, denn das hieße dem Widerruf eine Hinterthür lassen. Derselbe Bundestag, welcher den Bundesfeldherrn ernennt, könnte ihn auch wieder absetzen. Es muß Preußen das Recht zugestanden werden, unbeschränkt und nach freiem Ermessen über die deutschen Wehrkräfte zu verfügen, wie und wann es ihm beliebt, Truppenkörper durcheinanderzuwerfen u. s. w. Nur auf diesem Wege können wir ein deutsches Nationalheer bekommen; auf jedem andern werden wir nichts haben als eine neue Auflage der Reichstruppen traurigen Angedenkens.“

„Wir können nicht in den Krieg gehn wollen, bloß um uns, für die Verträge von 1815, zu k. k. österreichischen Invaliden zusammenschießen zu lassen. Ehe Preußen die letzten Schritte vor dem Kriege thut, muß die Einheit der Action gesichert, müssen die Wehrkräfte Deutschlands in Preußens Hand vereinigt sein. Bevor dies zweifellos feststeht, wollen auch wir keinen Eintritt in den Krieg! — Es ist nun die Aufgabe für uns Kleindeutsche, alles anzubieten, damit Preußen diese Führerschaft ganz und unverfüzrt übertragen wird. Wenn unsere Regierungen uns in diesem Punkt einmütig und entschlossen sehn, so werden sie ohne Frage zu diesem Opfer, wenn es eines ist, sich ohne Zaudern herbeilassen.“ —

Wohl, das ist eine Sprache, die wir in Preußen verstehen; wenn dann die Denkschrift sich auch an uns wendet, und von uns Opferwilligkeit verlangt: wir sind bereit, unsere ganze Existenz bis auf den letzten Blutstropfen daran zu setzen, wenn es wirklich für Deutschland geht. — Nur möge man unsere bisherige Haltung nicht tadeln. — Vor zwei, drei Monaten klang es in Süddeutschland anders; damals hatten in der That die Bamberger die Führung, und die Liberalen stimmten entweder bethört in das Geschrei der österreichischen Vasallen ein, oder sie schwiegen. — Jenem Geschrei Folge zu leisten, wäre nicht bloß für Preußen ein Selbstmord gewesen, es hätte Deutschlands Knechtschaft auf Jahrzehnte, vielleicht auf unüberschbare Zeiten bestiegelt. Das „Zu spät!“ ist ein bedenkliches Wort, aber nicht minder das „Zu früh!“ — Und allen Respect vor den Unterzeichnern jenes Programms — noch fehlen einige dreißig der wichtigsten Unterschriften, und bevor diese sich finden, wird Preußen doch nicht in Action treten können. † †

Blätter aus einem Tagebuch Johannes Falks im Jahre 1808.

Frau von Staël erzählte zu Weimar, sie habe zu Wien den General Sebastiani (den französischen Gesandten) getroffen, der, damals in Ungnade, bis zum Ueberdruß jede Gelegenheit benutzte, ins Gespräch etwas Verbindliches für den Kaiser einzuflechten. Als einmal von kleinen Händen die Rede war, sagte er: Ah Madame, si vous parlez de petites mains, il est impossible de voir des mains plus délicates, que celles de l'empereur, worauf ihm die Staël lachend mit angenommenem Ernst erwiderte: cher général, ne parlons plus politique! —

Als Frau von Staël zu Wien die Hagar in der Wüste mit ihrer Toch-